Niederglatt, Hettlingen und Uster, 9. November 2026

KR-Nr. 425/2026

A N F R A G E von Stefan Schmid (SVP, Niederglatt), Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen) und Anita Borer (SVP, Uster)

Betreffend Islamismus und Dschihadismus: Auswirkungen auf den Kanton Zürich

---

Der Kanton Zürich ist in den vergangenen Jahrzehnten religiös und kulturell vielfältiger geworden. Gleichzeitig werden öffentliche Institutionen mit religiös begründeten Anliegen, Forderungen und Erwartungen konfrontiert. Dies betrifft insbesondere Schulen, Verwaltungen, Betreuungsangebote, Gesundheitseinrichtungen sowie weitere öffentliche Organisationen und Dienstleistungen. Betroffen ist dabei der Kanton samt den Gemeinden.

Während religiöse Freiheit und die freie Ausübung der Religion verfassungsmässig geschützt sind, stellen sich im staatlichen Alltag regelmässig Fragen dort, wo religiös begründete Forderungen mit dem Bildungsauftrag, dem Integrationsgedanken, der Gleichstellung von Mann und Frau, der staatlichen Neutralität oder anderen öffentlichen Interessen in Berührung kommen. Besonders im Zusammenhang mit islamisch geprägten Anliegen wird in Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit wiederholt diskutiert, ob Veränderungen der bisherigen Praxis stattfinden, welche Entwicklungen zu beobachten sind und ob ein kantonales Gesamtbild über entsprechende Ansprüche und Konfliktfelder besteht.

Für die politische Beurteilung der weiteren Entwicklung ist deshalb von Interesse, welche Erkenntnisse dem Regierungsrat vorliegen, in welchen Bereichen entsprechende Fragestellungen besonders häufig auftreten und ob daraus ein Handlungsbedarf abgeleitet wird.

Vor diesem Hintergrund wird der Regierungsrat um die Beantwortung folgender Fragen ersucht:

1. Verfügt der Regierungsrat über eine kantonsweite Lagebeurteilung zu religiös begründeten Forderungen und Ansprüchen islamischer Akteure gegenüber öffentlichen Institutionen, insbesondere Schulen, Behörden und weiteren staatlichen Einrichtungen? Welche wesentlichen Entwicklungen, Herausforderungen und allfälligen Konfliktfelder lassen sich daraus erkennen? Davon gesondert: Welche Erkenntnisse liegen dem Regierungsrat über gezielte Einflussnahmeversuche islamistischer Akteure, Organisationen oder Netzwerke auf öffentliche Institutionen im Kanton Zürich vor?

2. In welchen Bereichen von Schulen, Verwaltungen und weiteren öffentlichen Institutionen treten solche Anliegen oder Forderungen besonders häufig auf?

3. Wie haben sich entsprechende Gesuche, Konfliktfälle, Beschwerden oder Praxisanpassungen in den vergangenen zehn Jahren entwickelt? Bitte die verfügbaren Angaben nach Jahr und Bereich ausweisen und Datenlücken benennen. Welche personellen und finanziellen Mehraufwände sind damit verbunden?

4. In welchen Bereichen bestehen aus Sicht des Regierungsrates die grössten Spannungsfelder zwischen islamisch begründeten Forderungen und staatlichen Vorgaben, gesellschaftlichen Gepflogenheiten oder den Grundrechten Dritter?

5. Welche Empfehlungen, Richtlinien oder Weisungen bestehen für kantonale Institutionen und Gemeinden im Umgang mit solchen Fragestellungen? Welche Vorgaben sind verbindlich und wie wird deren Einhaltung überprüft?

6. Sieht der Regierungsrat aufgrund der bisherigen Entwicklung politischen, organisatorischen oder gesetzlichen Handlungsbedarf?

Stefan Schmid
Tobias Weidmann
Anita Borer